



Tagesordnung I Punkt 11 der öffentlichen Sitzung am 21. November 2007

Vorlagen-Nr. 07-F-24-0007

Namentliches Gedenken am Michelsberg / Umsetzung des Ergebnisses des städtebaulichen/freiraumplanerischen Ideenwettbewerbs "ehemalige Synagoge/Michelsberg" - Gemeinsamer Antrag von CDU, SDP, Bündnis 90/Die Grünen und FDP vom 06. 11. 2007 -

Im Zuge der Pogromnacht vom 9./10. November 1938 wurde die im Jahre 1869 erbaute Synagoge am Michelsberg von Nationalsozialisten in Brand gesetzt. Das schwer beschädigte Gebäude wurde daraufhin im Jahre 1939 abgerissen. Lange Zeit wurde an die Geschehnisse vor Ort nicht ausreichend öffentlich erinnert und im Zuge der Verkehrsplanung (Bau der Hochbrücke) lief der Ort Gefahr, gänzlich aus dem öffentlichen Blick zu verschwinden.

Nach dem Abriss der Hochbrücke 2001 war endlich die Möglichkeit gegeben, an dem authentischen Ort der ehemaligen Synagoge an die Opfer des Nationalsozialismus zu erinnern, damit die Gräueltaten des Nazi-Terrorregimes nicht in Vergessenheit geraten. Der Michelsberg sollte der Ort des namentlichen Gedenkens an die jüdischen Opfer des nationalsozialistischen Regimes werden.

2005 lobte die Landeshauptstadt Wiesbaden einen städtebaulichen Ideenwettbewerb mit Realisierungsteil zur Erlangung von Entwürfen für die Neugestaltung des Bereichs „ehemalige Synagoge/Michelsberg“ aus. Wichtigstes Ziel des Wettbewerbs war die Schaffung eines Ortes des namentlichen Gedenkens an die während der nationalsozialistischen Diktatur ermordeten und vertriebenen jüdischen Mitbürger.

Am 26. September 2006 fand der Wettbewerb seinen Abschluss.

Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Ergebnisse des städtebaulichen Ideenwettbewerbs.

Zur Realisierung des Ergebnisses des Ideenwettbewerbs möge die Stadtverordnetenversammlung daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

zum Zweck der schnellstmöglichen Umsetzung des Ergebnisses des städtebaulichen/freiraumplanerischen Ideenwettbewerbs „ehemalige Synagoge/Michelsberg“ im Haushaltsjahr 2008 1 Million Euro und im Haushaltsjahr 2009 2,1 Millionen Euro bereit zu stellen.

Der Antrag ist durch die angenommenen Anträge der Koalition erledigt.

Frau Stadtverordnetenvorsteherin
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .12.2007

Horschler
Vorsitzender

Die Stadtverordnetenvorsteherin

Wiesbaden, .12.2007

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Thiels
Stadtverordnetenvorsteherin

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .12.2007

Dezernat I/20
mit der Bitte um weitere Veranlassung

Dr. Müller
Oberbürgermeister